



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 18/19 • 02.05.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

am 09. Mai werden die Staats- und Regierungschefs der EU in Hermannstadt (Rumänien) zusammenkommen um über die politischen Ziele der Union zu beraten und die strategische Agenda für den Zeitraum 2019 bis 2024 ausarbeiten.

Im Vorfeld des Treffens legte die Kommission am 30. April eine Reihe politischer Empfehlungen vor, wie Europa seine Zukunft ausgestalten kann. Die Vorschläge bilden den Beitrag der Kommission zur nächsten strategischen Agenda.

Bis zum vergangenen Sommer hatte die Juncker-Kommission alle Legislativvorschläge vorgelegt, die zu Beginn des Mandats zugesagt worden waren. Dabei handelte es sich um 471 neue und 44 weitergeführte Legislativvorschläge. 348 der Vorschläge wurden in der Amtszeit vom Europäischen Parlament und dem Rat angenommen oder gebilligt. 90 % wurden im Ministerrat einstimmig gebilligt. In ihrem Bericht nun führt die Kommission 20 wichtige Errungenschaften auf und 10 noch unerledigte Vorschläge. Nach den Ausführungen der Kommission, sollte sich die strategische Agenda, die bei den Fortschritten der vergangenen Jahre ansetzt außerdem an 5 Dimensionen, nämlich denen eines schützenden, wettbewerbsfähigen, fairen, nachhaltigen und einflussreichen Europas ausrichten.

Weitere Informationen zu den Inhalten finden sich [hier](#).

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der
Europäischen Union





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäisches Parlament - WÄHLEN SIE IHRE ZUKUNFT – Ein Wahlwerbespot des Europäischen Parlaments	
• Europäische Kommission – EU-Justizbarometer 2019	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	7
• Europaweite Umfrage zu Impfungen	
• EU und Japan bauen ihre Zusammenarbeit weiter aus	
• Jugend - Eurobarometer	
<u>Was, wann, wo</u>	10
• Innovative patientenzentrierte Strategien zur Optimierung der Demenzpflege und der Patientenautonomie	
• Besuchergruppe Nationaler Experten	
• Erinnerung: IHK-Wahlforum zur Europawahl 2019	
<u>Ausschreibungen</u>	12
• Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt 2019 ausgelobt	
• WSA - Stellenausschreibung	
<u>Kontaktbörse</u>	14
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	17
• Tipp – Erlebnis Europa	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	20
<u>Impressum</u>	21



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament - WÄHLEN SIE IHRE ZUKUNFT – Ein Wahlwerbespot des Europäischen Parlaments

Ein Monat vor der Europawahl am 26. Mai präsentiert das Parlament einen Werbespot mit dem Titel "Wählen Sie Ihre Zukunft", um die Bürger zur Stimmabgabe zu bewegen.



Der kurze Film soll ein Anreiz zur Teilnahme an der bevorstehenden Europawahl sein, und dazu, an die künftigen Generationen zu denken, die letztendlich die Konsequenzen dieser Abstimmung zu tragen haben. Der preisgekrönte Regisseur Frédéric Planchon hat den Film gedreht, in dem die intensiven und schönen Momente sowie die verschiedenen Gefühle dokumentiert werden, die wir bei der Geburt eines Menschen erleben und empfinden.

Der Film wird von einem jungen Mädchen erzählt, das an das Verantwortungsbewusstsein der Wähler appelliert. „Jeder von uns kann ein Zeichen setzen, aber gemeinsam können wir einen echten Unterschied machen. Wähle das Europa, in dem ich aufwachsen soll.“ Die europaweiten Wahlen, die zwischen dem 23. und 26. Mai in allen EU-Ländern stattfinden, werden die künftige Gestaltung und Ausrichtung der Europäischen Union bestimmen.



europawahl 26. mai 2019
diesmalwaehleich.eu

wähle deine zukunft

Das Thema der Zusammengehörigkeit steht im Einklang mit den Ergebnissen einer vom Parlament im April in Auftrag gegebenen [Telefonumfrage](#), bei der 80% der Bürgerinnen und Bürger übereinstimmen, dass das, was die Europäer verbindet, wichtiger ist als das, was sie trennt (Grafik 1). Die Brexit-Verhandlungen haben die Unsicherheiten einer Trennung und die Risiken eines Austritts aus der EU deutlich gemacht. Auf die Frage nach den Gefühlen, die den meisten Europäern bei der Betrachtung der EU zuerst in den Sinn kommen, empfinden sie Hoffnung oder Vertrauen (insgesamt 55 %) - während die Unsicherheit über die Zukunft Europas Zweifel als das vorherrschende Gefühl bei einem Drittel der befragten europäischen Bürger auslöst (Grafik 2).

Die Brexit-Debatte hat auch gezeigt, wie eng die EU-Länder im Laufe der jahrelangen Zusammenarbeit nun miteinander verflochten sind, sowie die vielen Vorteile, die sich aus der Mitgliedschaft in einem größeren Club ergeben. Diese Vorteile sind manchmal nur sichtbar, wenn man mit der Aussicht konfrontiert wird, sie zu verlieren. Die jüngsten Eurobarometer-Zahlen (vom Februar 2019) zeigen, dass über zwei Drittel (68%) der Europäer glauben, dass die EU ihrem Land Vorteile gebracht hat (Grafik 3), und 61% stellen fest, dass die EU eine gute Sache ist (Grafik 4).

Gleichzeitig bedeutet die Konkurrenz – und der Druck – aus Drittländern, dass die EU-Staaten enger zusammenhalten müssen, wenn sie ihren Einfluss behalten und eine wichtige Rolle in der neuen Weltordnung ausüben wollen. Der Eurobarometer-Bericht zeigt, dass die Bürger vor allem an der Wirtschaftslage, den Beschäftigungsaussichten, der Migration, dem Klimawandel



und der Terrorismusbekämpfung interessiert sind, die alle auf die Notwendigkeit von mehr Zusammengehörigkeit, Zusammenarbeit und gemeinsamen Aktionen hinweisen (Grafik 5). Die zukünftige Gestalt Europas liegt nun in den Händen derjenigen, die bei den Europawahlen vom 23.-26. Mai ihre Stimme abgeben. Obwohl die Eurobarometer-Umfrage ergibt, dass Ende Februar bereits mehr als ein Drittel der EU-Bürger (35%) sicher zur Abstimmung gehen würden, war ein weiteres Drittel (32%) noch nicht überzeugt (Grafik 6). Bei den Jugendlichen im wahlfähigen Alter, die zwar durchweg die positivste Einstellung zur EU haben (74%), werden nur 21% von ihnen sicher zur Wahl gehen, während 34% sich noch nicht entschieden haben (Grafik 7). • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäische Kommission – EU-Justizbarometer 2019

Die Europäische Kommission hat am 26. April das EU-Justizbarometer 2019 veröffentlicht. Die Ergebnisse des Barometers, das **einen vergleichenden Überblick über die Unabhängigkeit und Qualität der Justizsysteme in den EU-Mitgliedstaaten** gibt, zeigen ein gemischtes Bild mit relativen Verbesserungen in Bezug auf die Effizienz der Justizsysteme und die Qualität der Justiz. Hingegen wird die Unabhängigkeit der Justiz immer skeptischer beurteilt.

Einer Umfrage zur Unabhängigkeit des nationalen Justizsystems zufolge schätzen 52 Prozent der Befragten in Deutschland die Unabhängigkeit von Gerichten und Richtern in Deutschland als ziemlich gut ein, 22 Prozent halten sie sogar für sehr gut. Im Vergleich dazu halten im europäischen Durchschnitt 44 Prozent der Befragten die Unabhängigkeit ihrer nationalen Justiz für ziemlich gut und 12 Prozent für sehr gut.

In der siebten Ausgabe des EU-Justizbarometers werden die verschiedenen Indikatoren weiterentwickelt; dabei wird die Unabhängigkeit der Justiz als Schlüsselement zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten stärker in den Mittelpunkt gerückt.

Neu in die Indikatoren des EU-Justizbarometers aufgenommen wurde 2019 ein Überblick über die Disziplinarordnungen für Richter in den nationalen Justizsystemen und die zugehörigen Schutzmechanismen, mit denen eine Kontrolle gerichtlicher Entscheidungen durch die Politik verhindert werden soll. Das Justizbarometer enthält auch Angaben zur Aufteilung der Befugnisse im Hinblick auf die Strafverfolgungsbehörden, beispielsweise was die Ernennung und Entlassung von Staatsanwälten anbelangt, da es sich um Schlüsselindikatoren im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Strafverfolgungsbehörden handelt.

Bei den im Rahmen des Europäischen Semesters 2019 durchgeführten länderspezifischen Bewertungen wurden die Ergebnisse des Justizbarometers 2019 bereits berücksichtigt. Sie werden auch in die Vorschläge der Kommission für die länderspezifischen Empfehlungen 2019 einfließen.

Diese politischen Empfehlungen werden zwischen den Mitgliedstaaten im Rat erörtert. Die Staats- und Regierungschefs der EU billigen sie im Juni, bevor der Rat sie im Juli endgültig annimmt. Die Regierungen berücksichtigen diese Empfehlungen dann in ihren Reformplänen und Haushaltsentwürfen für das Folgejahr.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: EU-Justizbarometer 2019: es ist weiterhin notwendig, die Unabhängigkeit der Justiz zu schützen](#)



[EU-Justizbarometer 2019](#)

[Zusammenfassung des EU-Justizbarometers 2019: Infoblatt](#)

[Erläuterte Schaubilder mit vollständigen Zahlen](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Eurobarometer zur „Wahrnehmung der Unabhängigkeit der nationalen Justizsysteme in der EU durch die breite Öffentlichkeit“](#)

[Eurobarometer zur „Wahrnehmung der Unabhängigkeit der nationalen Justizsysteme in der EU durch Unternehmen“](#)

[Länderberichte im Rahmen des diesjährigen Zyklus des Europäischen Semesters:](#)

[Mitteilung über die weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union](#)

[Infoblatt zum Rechtsstaatlichkeits-Instrumentarium der EU](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europaweite Umfrage zu Impfungen

Anlässlich der Europäischen Impfwache hat die Europäische Kommission am 26. April eine Eurobarometer-Umfrage zu den Einstellungen der europäischen Bürger gegenüber Impfungen veröffentlicht. Obwohl demnach 85 Prozent der EU-Bürger Impfungen als wirksames Mittel zur Verhütung von Krankheiten sehen und das Meinungsbild generell positiv ist, glauben fast die Hälfte der Europäer (48 Prozent) fälschlicherweise, dass Impfungen häufig schwere Nebenwirkungen haben können; in Deutschland sind es 46 Prozent. EU-Vizekommissionspräsident Jyrki Katainen hat mit Blick auf die Ergebnisse darauf verwiesen, dass die Arbeiten zur Bekämpfung von Desinformation zur Wirkungsweise von Impfungen weitergehen müssen.



Das Eurobarometer zeigt auch, dass rund die Hälfte der EU-Bürgerinnen und -Bürger in den letzten fünf Jahren geimpft wurde und eine große Mehrheit (79 Prozent) konsultiert und vertraut medizinischem Fachpersonal, um Informationen über Impfungen zu erhalten. Letzteres bestätigt, dass mit der gemeinsamen Initiative der Kommission und der Verbände der Gesundheitsberufe der richtige Weg eingeschlagen und wirksame Sensibilisierungsarbeit geleistet wurde. Das ist allerdings nur das erste Projekt im Zuge der kürzlich vom Rat angenommenen Empfehlung zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten. Weitere werden folgen.

Doch es gibt noch einige andere beunruhigende Ergebnisse: 48 Prozent der Europäer glauben zu Unrecht, dass Impfstoffe oft schwere Nebenwirkungen haben können, und 38 Prozent denken, dass Impfstoffe die Krankheiten verursachen können, vor denen sie schützen.

Das bedeutet, dass die Arbeit zur Erhöhung der Impfstoffabdeckung und zur Bekämpfung der Impfstoffdesinformation noch lange nicht abgeschlossen ist.

Die Kommission und die WHO werden am **12. September 2019** in Brüssel einen **Weltimpfungsgipfel** veranstalten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 26.4.2019](#)

[Das vollständige Statement](#)

[Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage](#)

[Übersicht zum Thema](#)

EU und Japan bauen ihre Zusammenarbeit weiter aus

Die EU und Japan haben sich bei ihrem 26. Gipfel am 25. April in Brüssel auf den weiteren Ausbau ihrer Beziehungen verständigt. Beide Seiten bekräftigten ihren Willen, gemeinsam Multilateralismus, Demokratie, Menschenrechte und die auf Regeln beruhende internationale Ordnung zu unterstützen.



Im Vordergrund des Treffens stand die Umsetzung der im vergangenen Jahr abgeschlossenen Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Japan sowie über das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EU-Japan.

Jean-Claude Juncker und Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, vertraten die Europäische Union auf dem Gipfel. Japan wurde durch Premierminister Shinzō Abe vertreten. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Jyrki Katainen, sowie das für Handel zuständige Kommissionsmitglied, Cecilia Malmström, nahmen ebenfalls an dem Gipfeltreffen teil.

Die Ausführungen von Präsident **Juncker** auf der Pressekonferenz im Anschluss an das Gipfeltreffen stehen [online](#) in voller Länge zur Verfügung. Die Europäische Union und Japan gaben eine [Gemeinsame Gipfelerklärung](#) ab.

Präsident Juncker, Präsident Tusk und der japanische Premierminister Abe verpflichteten sich, die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Japan weiterzuentwickeln, die sich seit letztem Jahr auf zwei wegweisende Abkommen stützt. Das am 1. Februar 2019 in Kraft getretene [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen](#) bringt Volkswirtschaften, die ein Drittel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften, mit über 600 Millionen Menschen zusammen. Das [Abkommen über eine strategische Partnerschaft](#) bietet einen umfassenden Rahmen, der die politische und sektorale Zusammenarbeit sowie gemeinsame Maßnahmen in mehr als 40 Bereichen fördert.

Die Präsidenten Juncker und Tusk und der japanische Premierminister Abe erörterten auch andere bilaterale Fragen, darunter Möglichkeiten zur Stärkung der **Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Japan**. In diesem Zusammenhang erklärten die EU und Japan ihre Bereitschaft, Möglichkeiten für gemeinsame Arbeiten in den Bereichen maritime Sicherheit, Cybersicherheit, Terrorismusbekämpfung und Krisenmanagement auszuloten.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [26th EU-Japan Summit: Taking our strong partnership to a higher level](#)

[Joint Statement of the 26th EU-Japan Summit](#)

[Remarks of President Jean-Claude Juncker at the press conference following the 26th EU-Japan Summit](#)

[EU-Japan Summit website](#)

[EU-Japan relations factsheet](#)

[EU-Japan Economic Partnership Agreement website](#)

Jugend - Eurobarometer

79 Prozent der Deutschen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren sehen Umweltschutz und Kampf gegen den Klimawandel, 69 Prozent die Bekämpfung von Armut und wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten als Topthemen, mit denen sich die EU in den nächsten Jahren vorrangig beschäftigen sollte. Dies geht aus einer am 29. April veröffentlichten Eurobarometerumfrage unter jungen Europäern und ihren Vorstellungen vom Aufbau eines stärkeren und vereinteren Europas hervor.

Europaweit sind junge Menschen (67 Prozent) der Ansicht, dass die wichtigsten Betätigungsfelder der EU in den nächsten zehn Jahren der Umweltschutz und die Bekämpfung



des Klimawandels sein sollten. Als zweite und dritte Priorität wurden die Verbesserung von Bildung und Ausbildung (56 Prozent, Deutschland: 63 Prozent), einschließlich der Freizügigkeit von Studierenden, Auszubildenden und Schülern, sowie die Bekämpfung von Armut und wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit (56 Prozent) genannt.

Danach gefragt, welche der EU-Kompetenzen im Bildungsbereich sie für besonders wichtig halten, nannten jeweils 45 Prozent der Befragten in Deutschland die Verbindung von Schulen und Universitäten in Ihrem Land mit anderen Bildungseinrichtungen im Ausland und die Angebote für junge Menschen direkt mit Politikern zu sprechen. Europaweit wurden die Verbindung von in- mit ausländischen Bildungseinrichtungen (44 Prozent) und die Fördermöglichkeiten für junge Menschen (41 Prozent) genannt.

43 Prozent der befragten Deutschen gaben an, dass sie in den letzten zwölf Monaten an Freiwilligentätigkeiten teilgenommen haben, europaweit lag die Teilnehmerrate an Freiwilligendiensten bei 34 Prozent. Für das Eurobarometer wurden im März europaweit 10.786 Interviews mit jungen Menschen zwischen 15 und 30 Jahren geführt.

Das Jugend-Eurobarometer wurde zum **Start der Europäischen Jugendwoche 2019** veröffentlicht. Vom **29. April bis zum 5. Mai** findet mit Veranstaltungen in ganz Europa die neunte Europäische Jugendwoche statt. In diesem Jahr lautet das **Motto „Demokratie und ich“**. Mit Blick auf die anstehende Europawahl liegt der Schwerpunkt bei der diesjährigen Europäischen Jugendwoche darauf, wie junge Menschen Entscheidungen beeinflussen können.

Die Europäische Jugendwoche findet alle zwei Jahre statt. Während dieser Woche werden Aktivitäten für junge Menschen gewürdigt und gefördert, indem in allen am Programm Erasmus+ teilnehmenden Ländern Veranstaltungen organisiert werden.

Während der gesamten europäischen Jugendwoche werden in allen Mitgliedstaaten auf lokaler Ebene Aktivitäten veranstaltet. • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Europäische Jugendwoche 2019: „Demokratie und ich“](#)

[Europäische Jugendwoche \(link is external\)](#)

[Europäisches Solidaritätskorps](#)

[Ergebnisse der Altiero-Spinelli-Preise 2018](#)

[Eurobarometer-Umfrage: „Wie kann ein stärkeres und enger vereintes Europa aufgebaut werden?“ – Die Meinung junger Menschen](#)

[Erasmus+](#)

[EUandMe campaign](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich möchten Sie die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union und das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt

am **22. Mai 2019, von 12:00 bis 15:00 Uhr**
einladen zur Veranstaltung:

Innovative patientenzentrierte Strategien zur Optimierung der Demenzpflege und der Patientenautonomie

Europas Regionen sind im Rahmen des demografischen Wandels unter anderem von einer zunehmenden Alterung ihrer Bevölkerung betroffen.

Auch in Sachsen-Anhalt vollzieht sich dieser Entwicklungsprozess. Vor diesem Hintergrund wird die Veranstaltung exzellenten Projekten aus Sachsen-Anhalt die Gelegenheit geben, ihre Forschung in den Bereichen innovative Gesundheitspflege, demografischer Wandel, Hilfstechnologien und Robotik darzustellen. Diese Forschungserkenntnisse sollen dabei die Grundlage für eine fundierte Diskussion mit Vertretern der Kommission und der Landesregierung unter aktiver Beteiligung der Veranstaltungsteilnehmer dienen, um dabei die Nutzungspotenziale für exzellente regionale Forschung als Basis für internationale Projekte zum Austausch von Wissen und Best Practices zur Bewältigung europäischer gesellschaftlicher Herausforderungen zu erörtern. Die Debatte soll dabei unter anderem auch mögliche Synergien zu anderen EU-Initiativen und -Programmen berücksichtigen.

Die Veranstaltung findet in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt, Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel statt.

Ihre Anmeldungen nehmen wir **bis zum 14. Mai 2019** gerne per E-Mail entgegen: sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de.

Es wird eine Simultanübersetzung (DE-EN, EN-DE) angeboten.

• *eag*





Besuchergruppe Nationaler Experten

Am **26. April** besuchte eine Gruppe von Nationalen Sachverständigen in beruflicher Weiterbildung die Landesvertretung in Brüssel. Die Teilnehmenden befinden sich in einem speziell aufgelegten Programm der Europäischen Kommission, das für Deutschland vom Auswärtigen Amt koordiniert wird. Für die Dauer von 3 bis 5 Monaten sind sie in Brüssel und stammen eigentlich aus verschiedenen Bundesministerien von nachgeordneten Behörden, Universitäten und verschiedenen öffentlichen Einrichtungen.

Die Gruppe wurde zunächst von der Leiterin der Landesvertretung in Empfang genommen. Im Rahmen einer Besichtigung der Liegenschaft wurden sie zunächst über die Liegenschaft als solche und deren architektonische sowie historische Bedeutung informiert. Sodann berichtete die Leiterin über die Struktur und Aufgaben der Landesvertretung, die Arbeitsziele und über die Arbeitsweise der Mitarbeiter.

Im Anschluss berichtete Frau Lehnart, zuständige Referentin für Justiz und Inneres, über Ihre Arbeit und Themenschwerpunkte sowie über die praktischen Möglichkeiten für die Landesvertretung, fachliche Dialoge mit Experten aus den Institutionen zu begleiten. •
cj/ml



11

Erinnerung: IHK-Wahlforum zur Europawahl 2019

Am **13. Mai** 2019 ab 17:00 Uhr findet in der Industrie- und Handelskammer Magdeburg, Tagungszentrum, Saal 1 und 2 das IHK-Wahlforum zur Europawahl 2019 statt.

Informieren Sie sich über die Erwartungen der deutschen Wirtschaft an die europäische Politik, bringen Sie Ihre eigenen Fragen und Standpunkte ein und lernen Sie die Positionen und Ziele der Parteien in Sachsen-Anhalt zur Europawahl kennen.

Ausführliche Informationen zu unserem Wahlforum entnehmen Sie bitte unserem Beitrag dazu auf unserer Internetseite <https://www.magdeburg.ihk.de/international/Termine/ihk-wahlforum-13-05-2019/4401584>. Ihre Anmeldung zur Veranstaltung können Sie gern per Online-Anmeldung oder Anmeldeformular vornehmen.

Für mögliche Rückfragen steht Ihnen Katharina Berger unter 0391 5693 342 oder per E-Mail an berger@magdeburg.ihk.de gern zur Verfügung.

Unterschrift: Andreas Müller





Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt 2019 ausgelobt

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur und die Medienanstalt Sachsen-Anhalt loben erneut den Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt aus.

Die Teilnehmer am Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt können sich wieder auf attraktive Geldpreise von insgesamt 3.000 Euro freuen und haben die Möglichkeit, im Rahmen des Wettbewerbs an einem Medienworkshop teilzunehmen, um die Medienarbeit mit der europäischen Komponente zu verbinden. Auf diese Weise soll nicht nur der Europagedanke, sondern auch die Medienkompetenz im Land gestärkt werden.



Neben den bisherigen Kategorien **Jurypreis**, **Online-Voting-Preis** und **Publikumspreis** werden diesem Jahr noch Sonderpreise für den besten **Handy-Video-Clip** und die beste **Video-Dokumentation eines Schüler- oder Jugendaustausches** ausgelobt.

12

Der Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt richtet sich an Einzelpersonen, Projektgruppen, Vereine, Organisationen und auch an Studenten der medienorientierten Studiengänge an den Hochschulen unseres Landes, die nicht erwerbsmäßig oder hauptberuflich mit der Produktion von Medien beschäftigt sind. Einzige Voraussetzung ist, dass die Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt kommen, hier ihren Wohnsitz haben oder in Sachsen-Anhalt ihre Ausbildung bzw. ihr Studium absolvieren.

Als Beiträge sind nichtkommerzielle Video- und Audiobeiträge zugelassen, die sich kritisch-konstruktiv mit aktuellen europäischen Themen befassen und einen Bezug zu Sachsen-Anhalt herstellen. Neben der inhaltlichen Komponente sind auch gestalterische und technische Kriterien für die Bewertung ausschlaggebend.

Fragen zum Wettbewerb beantwortet das Projektbüro von GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum im Hause des DRK Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. (0391/610689-77; info@goeurope-lsa.de).

Einsendeschluss ist der 11. Oktober 2019. Die Preisverleihung findet voraussichtlich Ende November 2019 in Magdeburg statt.

Alle Informationen zum Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt und die detaillierten Teilnahmebedingungen sind auf www.europamedienpreis.de nachzulesen.

• *eag Quelle: PM Nr. 208/2019 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur*



Gegenstand:	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss Stellenausschreibung Nr. 20/19 für den Dienstposten eines Direktors (m/w) in der Direktion E— Personal und Finanzen (Veröffentlichung nach Artikel 29 Absätze 1 und 2 des Statuts der Beamten der Europäischen Union)
Fundstelle: Abl.	C 144 A vom 25. April 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal- content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:144A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	24. Mai 2019
Antragsunterlagen:	Bewerber für diese Stelle müssen das Bewerbungsformular im Internet ausfüllen (http://cdweb.eesc.europa.eu/cn/ae77k/dirE- EESC) und die entsprechenden Unterlagen in englischer oder französischer Sprache beifügen.



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Technologiegesuch Enterprise Europe Network Niederlande	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Internationales Paketdienstunternehmen sucht Partner zur Entwicklung von wiederverwendbaren Verpackungslösungen für das Gesundheitswesen</p> <p>Ein weltweit führender Logistikdienstleister mit Sitz in den Niederlanden bietet eine breite Palette von Lösungen an, die den internationalen Handel erleichtern, darunter den Transport von Paketen und Fracht. Eines seiner wichtigsten Marktsegmente ist die Gesundheitsbranche. Der Konzern ist daran interessiert, gemeinsam mit Partnern mehr wiederverwendbare Verpackungen im Gesundheitswesen zu entwickeln. Gesucht werden daher Entwicklungspartner, die an einem kommerziellen Vertrag mit technischer Unterstützung interessiert sind.</p> <p>Gesucht werden Unternehmen, die Expertise oder Technologie in den folgenden Bereichen bereitstellen können:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Werkstofftechnik • Verpackung • Produktdesign • Expertise in Gesetzen und Vorschriften für medizinische Verpackungen • Wiederverwendbare Materialien




		<p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/adccb5e6-a0e6-42b5-b528-80d47ead4d7e</p> <p>Referenznummer: TRNL20190410001</p>
<p>Technologiegesuch</p> <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Enterprise Europe Network Österreich</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Lösung für die Messung von Materialzuständen gesucht</p> <p>Österreichische Unternehmen suchen nach einer technischen Lösung, um die Materialeigenschaften von Industrieprodukten unter extremen Umweltbedingungen zu messen. Die Lösungen können von neuartigen Sensortechnologien bis zur Bildanalyse reichen, sollten aber klein sein und Informationen drahtlos übertragen können. Insbesondere sollte die Lösung allgemeine physikalische Materialeigenschaften (sowohl während der Produktion als auch im Betrieb) wie Temperatur, Druck, Vibration, Struktur usw. messen. Gesucht werden Start-ups für die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung der Technologie im Rahmen eines technischen oder kommerziellen Abkommens mit technischer Unterstützung.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/40066cf4-53b5-4dd0-ade2-390aa5f7ac6a</p> <p>Referenznummer: TRAT20190418002</p>
<p>Technologiegesuch</p> <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Enterprise Europe Network Singapur</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Singapurisches Unternehmen sucht nach europäischen Partnern zur Entwicklung und Konstruktion von autonomen Gabelstaplern</p> <p>Ein singapurisches Unternehmen in der Logistikautomatisierung mit Schwerpunkt Autonomous Guided Vehicles (AGVs) sucht europäische Gabelstaplerunternehmen für die Konstruktion und Entwicklung von autonomen Gabelstaplern, um innovative</p>



		<p>autonome Gabelstaplerlösungen für den wachsenden Logistiksektor in Singapur und weltweit anzubieten.</p> <p>Gesucht werden Forschungs Kooperationen und Lizenzvereinbarungen mit europäischen KMUs im Bereich Staplerdesign und -entwicklung.</p> <p>So beispielsweise Hersteller, die sich auf die Konstruktion und Entwicklung von Gabelstaplern spezialisiert haben und sich im Bereich AGV-weiterentwickeln wollen, um gemeinsam mit dem singapurischen Unternehmen in den autonomen Gabelstaplermarkt einzusteigen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/93846aff-fad9-4c15-8c96-4d2cd9a24a8d</p> <p>Referenznummer: TRSG20190416001</p>
--	--	--

Die folgende Anfrage erreichte die Landesvertretung direkt

<p>Erasmus Denmark</p>	<p>Susanne Joel Pedersen sjp@asmildkloster.dk Asmildkloster Academy of Agricultural Business</p> 	<p>Central Denmark is searching for partners to an Erasmus+ project within Key Action 2: Strategic Partnerships supporting exchange of good practice for the deadline in March 2020. The Project idea is : Recruiting and Retraining Young Farmers</p>
----------------------------	--	---

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp – Erlebnis Europa

Die Europäische Union verstehen und erleben: Die Ausstellung „Erlebnis Europa“ zum Anfassen Die Europaausstellung mitten in Berlin macht Europa verständlich. Höhepunkt ist das 360-Grad-Kino: Hier können die Besucher im Europäischen Parlament Platz nehmen, Sprache auswählen, Ohrknopf aufsetzen und eine Plenarsitzung im Europäischen Parlament erleben, sehen und hören – in 24 Sprachen.

Interaktiv: Alle 751 Europaabgeordneten und alle 28- EU-Kommissare sind auf einem Touchscreen anklickbar, mit Biografie, Videobotschaft und ihren aktuellen Twitter Feeds. Menschen aus Europa erzählen, wie Europa ihren Alltag prägt. Multimediale Screens erklären, wie Kommission, Parlament und Rat zusammen-



© Exposition Design: Atelier Brückner. Europäisches Parlament, Michael Jungblut

arbeiten. Nach vorheriger Anmeldung werden auch Rollenspiele und Kurzvorträge angeboten.

Ausstellung: [Erlebnis Europa](#)

Europäisches Haus Berlin, Unter den Linden 78, beim Brandenburger Tor

Täglich 10-18 Uhr, Eintritt frei

Termin: **26. Mai 2019: Europawahl**

• *eag Quelle: Neues aus Berlin Nesletter der LV Berlin Ausgabe 95/2019*

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die



Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Vom 23. bis 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Auf dem Endspurt zur EU-Wahl möchten wir uns in diesem Quiz mit einem siebenwöchigen Europawahl-Spezial verschiedenen Politikbereichen der EU widmen, die auch im Rennen um die Sitze im Europäischen Parlament eine Rolle spielen, natürlich neutral und überparteilich. In der vierten Woche des Quiz-Spezials drehen sich unserer Fragen um Klima- und Umweltpolitik.



1. Im Dezember 2018 stimmt das Europäische Parlament für ein weitgehendes Verbot von Einwegplastik. Welche Produkte sollen nach der Implementierung dieser Richtlinie nicht mehr als Plastik-Version verfügbar sein?

- a) Strohhalme
- b) Einwegplastiktüten
- c) Verpackungen von Hygieneartikeln und Arzneimittel

2. Die europäische Energiepolitik ist ein wichtiger Faktor bei der Betrachtung der Klima- und Umweltpolitik der EU. Entscheidungen, die Innovationen hinsichtlich grüner Energien befördern, haben beispielsweise langfristige Folgen auf das Voranschreiten des Klimawandels. Welches Statement ist in diesem Zusammenhang NICHT zutreffend?

- a) die EU ist unabhängig von Energieimporten
- b) Der Vizepräsident der Europäischen Kommission ist zugleich Kommissar für die Energieunion
- c) Ziel der europäischen Energieunion ist die Gewährleistung einer sicheren, erschwinglichen und klimafreundlichen Energieversorgung in Europa

3. Auf dem UN-Klimagipfel, G8-Gipfel, Weltklimakonferenz und weiteren Konferenzen führender Politiker wird seit Jahren erklärt, die Erderwärmung auf maximal 1,5°C begrenzen zu wollen. Eine wichtige Maßnahme zum Erreichen dieses Ziels ist die Senkung der CO₂-Emissionen. Welcher Wirtschaftssektor hat seine CO₂-Emissionen als einziger Sektor nicht unter den Stand von 1990 verringern können?

- a) Land-, Forstwirtschaft, Fischerei
- b) Industrie (Fertigung und Bau)
- c) Verkehr



Lösungen:

1. a) Beispiele für Einwegprodukte, die künftig vermieden werden sind Trinkhalme, Plastikteller, Styropor-Essenverpackungen und beschichtete Becher. 30 Millionen Tonnen Plastikabfälle landen jedes Jahr im Meer und sind damit eine Gefahr für die Umwelt und für die Meerestiere. Auch die Gesundheit des Menschen ist durch die beim Zerfall von Kunststoffen entstehenden Mikroplastik-Teilchen gefährdet. In den letzten Jahren wurden bereits mehrere „sanftere“ Maßnahmen gegen den starken Plastikverbrauch eingeführt, wie bspw. der Wegfall kostenloser Einwegplastiktüten in vielen europäischen Staaten.

2. a) 55% des jährlichen Verbrauchs wird von Drittstaaten geliefert, die meisten außerhalb Europas. Die EU ist folglich von Energieimporten abhängig. Der aktuelle Entwicklungsfortschritt effizienter Energiegewinnung bzw. erneuerbarer Energien ist nicht ausreichend, um den Bedarf zu decken. Neben den starken Umweltschäden nicht-erneuerbarer Energien bergen auch einige Lieferstaaten die Gefahr, dass diese Abhängigkeit als politische Waffe genutzt wird.

3. c) Im Sektor Verkehr sind die CO₂-Emissionen in den letzten 30 Jahren überwiegend angestiegen. Unter den Verkehrsträgern verursachen PKWs über 60 % der Emissionen. Um dem entgegen zu wirken und die 1,5°C-Grenze einzuhalten, hat das EU-Parlament im März mit großer Mehrheit strengere Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Autos beschlossen. Den Faktor Industrie betreffend möchte die EU durch das sogenannte „EU Emissions Trading System“ den CO₂-Ausstoß deckeln. Emissionen sind dadurch kostenintensiver und Anlagenbetreiber haben einen wirtschaftlichen Anreiz, ihre Emissionen zu verringern. Die umweltpolitische Wirksamkeit des Emissionsrechtehandels ist jedoch umstritten.

Dies war Teil 4 unseres Wahl-Spezials. Bei Fragen zur EU und Bereichen der EU-Politik können Sie sich an das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle wenden (info@europedirect-halle.de).



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Steffi Mitschke (SM)	Hospitantin	...16	E-Mail
Anna Hillendahl (AH)	Praktikantin	...22	E-Mail
Jennifer Vinzelberg (JV)	Praktikantin	...22	E-Mail
Martin Wöpke (MW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

